

Lang anhaltender Beifall für den  
GEW-Vorsitzenden Ulrich Thöne

# Den Sozialstaat verteidigen

Der im April neu gewählte Vorsitzende der GEW-Bundesorganisation, Ulrich Thöne, hatte seinen ersten Auftritt vor einer niedersächsischen LDK. In seiner immer wieder durch Beifall unterbrochenen Rede machte Thöne deutlich, welche Auswirkungen die neoliberale Bildungspolitik haben wird. Obwohl Bildung immer wichtiger geworden sei, habe es während der Kohl-Regierung eine Stagnation gegeben.

Schon lange sei bekannt, dass jedes Jahr zusätzlicher Bildung zu einem Wachstum des Bruttosozialprodukts (BIP) zwischen 3 und 6 Prozent führe. Dennoch plane man in Deutschland anstatt einer Verlängerung die Verkürzung der Schul- und Ausbildungszeit. „Das ist Quatsch“, stellte Thöne fest. Auch wenn man den Stand der Bildung nur halten wolle, müsse schon jetzt erheblich investiert werden. Die GEW-Forderung nach einer Erhöhung der Bildungsausgaben auf 6 Prozent des BIP bedeute eine Erhöhung um 35 Milliarden Euro. Obwohl dies keine utopische Forderung sei, gebe es dafür keine wirkliche politische Unterstützung. Sollte es für die Bildung nicht mehr Geld geben, befürchtet Thöne als Konsequenz, dass es zwar mehr Bildung, aber diese nicht für alle geben werde, bei gleichzeitiger Schlechterstellung derjenigen, die sie vermitteln.

Sollte die gegenwärtige Bildungspolitik fortgesetzt werden, sei mit einer wachsenden Ausgrenzung, weniger Durchlässigkeit, höheren Hürden und einer zunehmenden Privatisierung zu rechnen. Unter anderem nannte Thöne das Beispiel der mit Hertie-Stiftungsgeldern finanzierten privaten Universität in Berlin, die ihren Betrieb mit 15 Professoren bei 80 Studenten aufnehmen will.

## Jugendarbeitslosigkeit – eine „gesellschaftliche Zeitbombe“

Als dramatisch bezeichnet er die Situation im Bereich der beruflichen Bildung: „Immer mehr Jugendliche werden ausgegrenzt. 630.000 unter 25 Jahren sind ohne Arbeit, 500.000 stecken in irgendwelchen Maßnahmen. Die Industrie erklärt 25 Prozent eines Jahrgangs als nicht ausbildungsreif. Diese ungeheuren Zahlen bedeuten eine gesellschaftliche Zeitbombe!“

Zur neu aufgeflammtten Debatte um die Größe von Klassen stellte Thöne die Ergebnisse einer amerikanischen Studie vor. Darin sei nachgewiesen worden, wie wichtig kleine Klassen sind: Die Studie belegt, „dass Klassen mit 16 und mehr Schülern schädlich sind“. Zu große Klassen führten dazu, dass man sich nicht intensiv genug um die Schüler kümmern könne, die es notwendig haben.

Ulrich Thöne geht davon aus, dass der Druck auf die im Bildungsbereich Beschäftigten wachsen wird, obwohl in vielen Studien



Foto: Richard Lauenstein

Der erste Auftritt vor einer niedersächsischen LDK: Ulrich Thöne, im April gewählter Vorsitzender der Bundesorganisation, hielt eine viel beachtete Rede.

festgestellt wurde, dass die Arbeitszeit der Lehrkräfte faktisch höher ist als im allgemeinen öffentlichen Dienst – und dies auf Grund zusätzlicher Aufgaben mit steigender Tendenz. Thöne nahm die Lehrerschaft gegen Kritik in Schutz: „Bei uns herrscht kein Jammern auf hohem Niveau, sondern wir kritisieren diese Zustände aus Selbstschutz und im Interesse der uns anvertrauten Kinder“, rief er unter starkem Beifall aus.

Laut dem Bericht der OECD lägen die Bildungsausgaben in Deutschland sowohl für die Primarstufe als auch für den SEK I-Bereich unter dem europäischen Durchschnitt. Thöne kündigte entschiedenen Widerstand der GEW an, falls versucht werden sollte, im Bildungsbereich mehr Arbeit bei geringerem Einkommen und gekürzten Pensionen durchzusetzen.

## Geld ist vorhanden – es fließt aber in die falschen Taschen

Diese negativen Perspektiven müssten nicht sein; denn das notwendige Geld sei tatsächlich vorhanden. Es fließe nur in die falschen Taschen. Der Bundesvorsitzende zählte auf: „Von 1990 bis 2004 ist die deutsche Wirtschaft um 270 Mrd. Euro gewachsen, das Realeinkommen der Arbeitnehmer ist jedoch um 1 Prozent gefallen. Unter den 270 Mrd. verstecken sich eine Steigerung der Unternehmergewinne von 40 Prozent und der Gewinne aus Kapitalgesellschaften von 70 Prozent.“ Bedenklich findet es Thöne, dass 60 Prozent dieser Gewinne in kapital Spekulativen Fonds verschwinden. „Unsere Forderung nach einer Umverteilung im Sinne des Allgemeinwohl kann nur lauten: Rückführung der Gewinne in den Kreislauf“, betonte der Redner. Thöne wörtlich: „Wir brauchen mehr Investitionen um Arbeitsplätze schaffen zu können.“ Trotz Rekordgewinnen sei die Investitionsquote deutlich gefallen, weil das Geld in die Finanzspekulation fließe. Deshalb müsse die Kaufkraft der breiten Masse erhöht werden – nicht die Gewinne der großen Kapitalgesellschaften.

Nach Ansicht von Thöne hat die Politik von Agenda 2010, die zur Destabilisierung der Gesellschaft bei weiterer Umverteilung von unten nach oben beitrage, bei der Bundestagswahl die entsprechende Quittung bekommen. Nach dieser Wahl müsse die GEW sich offensiv in die

Auseinandersetzung zur Erhaltung des Sozialstaates einmischen. Man müsse die Gesellschaft fragen, welche Bildungsstandards sie zu welchem Preis haben will.

## Heftige Kritik an der Bolkestein-Richtlinie

Wichtige Aufgaben der nahen Zukunft seien auch der Kampf um das Tariffrecht – „die heiße Phase beginnt im November“ – und gegen die heftig umstrittene Bolkestein-Richtlinie, die dramatische Auswirkungen auf den europäischen Sozialraum haben wird. Thöne zeigt auf, dass dabei auf Grund des „Herkunftslandprinzips“ wichtige nationale Sicherheitsbestimmungen ausgehebelt würden. Sollte der Entwurf der Bolkestein-Richtlinie unverändert angenommen werden, würden grundlegende Bereiche wie Kultur, Bildung, Gesundheit wie auch sämtliche Dienstleistungen den gleichen wirtschaftlichen Wettbewerbsmechanismen unterworfen wie herkömmliche Waren. Ulrich Thöne forderte deshalb zum Protest gegen die Bolkestein-Richtlinie auf (siehe auch LDK-Beschluss zur Bolkestein-Richtlinie). Die europäischen Gewerkschaften werden zu einer europaweiten Demonstration aufrufen und alles tun, um das Zustandekommen der Richtlinie zu verhindern.

Ulrich Thöne abschließend: „In der GEW müssen wir gemeinsam selbstbewusst auftreten. Wir haben das Recht und die Pflicht zu protestieren oder für angemessene Bedingungen zu streiken. Es geht nicht um Privilegien, sondern darum, dass wir für mehr Chancen für alle streiten“, gab sich Thöne zum Schluss kämpferisch. Die Delegierten dankten ihm mit lang anhaltendem Beifall.

JÜRGEN SONNEMANN

## LDK-Beschluss zur Bolkestein-Richtlinie

Der Geschäftsführende Vorstand wird beauftragt, die ablehnende Haltung der GEW Niedersachsen zur Bolkestein-Richtlinie zu verdeutlichen. Der GEW-Landesvorstand fordert alle Mitglieder auf, ihre Bedenken gegen diese Richtlinie in Schreiben an die niedersächsischen Europa-Abgeordneten zu äußern.